

Leichtindustrie entwickelt wurden. Des weiteren haben mehr als 1.200 neue Produkte den modernen internationalen Standard erreicht, während eine große Anzahl von neu entwickelten Produkten in verschiedene Länder exportiert worden sind.

Während der Import von fortschrittlicher ausländischer Technologie zufriedenstellende Ergebnisse produziert hat, so hat er doch ebenso einige Probleme geschaffen, wie z.B. das Problem der sog. Duplikat- oder sorglosen Importe. Nehmen wir den Import von Produktionslinien für Farbfernsehgeräte als Beispiel. Gegenwärtig hat unser Land insgesamt 113 Produktionslinien für Farbfernsehgeräte, wovon 72 ganz oder teilweise aus dem Ausland importiert wurden. Bislang hat unser Land insgesamt 875 Mio.Yuan in dieser Hinsicht investiert, darunter 200 Mio.US\$. Diese Produktionslinien für Farbfernsehgeräte sind für eine jährliche Montage von 15,7 Mio. Farbfernsehgeräten ausgelegt. Gleichwohl arbeiten diese Produktionslinien nur mit 25-30% ihrer Produktionskapazität, und zwar aufgrund des Unvermögens, Ersatzteile im Inland zu liefern und des Devisenmangels. Jedes Jahr hat unser Land ca. 300-440 Mio.US\$ auszugeben, um Teile für Farbfernsehgeräte zu importieren. Die Devisenausgaben in diesem Bereich haben bei weitem die Investitionen überschritten, die unser Land im Zusammenhang mit dem Import der Produktionslinien für Farbfernsehgeräte tätigen mußte. So ist der Import von Teilen für die Farbfernsehgeräte aus dem Ausland zu einer wirklichen Belastung für unser Land geworden.

Das Problem der Duplikat- bzw. sorglosen Importe kann ebenso in anderen Industriezweigen angetroffen werden. Während der Zeit des 6.Fünfjahresplanes importierte unser Land insgesamt 17 große Produktionsanlagen für Kunstdünger und die Produktionslinien für solche Produkte, wie z.B. Kühlschränke, Waschmaschinen, Anzüge usw., die bei weitem die Aufnahmefähigkeit unseres Landes überschritten. Weil einige dieser Importe ohne Berücksichtigung der Erfordernisse des Binnenmarktes und der Verfügbarkeit von Ressourcen gemacht wurden, hat unser Land nun eine Menge von Devisen auszugeben, um die Roh- und Halbfertigmaterialien zu importieren; es müssen sogar ausländische Ersatz-

teile zu Preisen importiert werden, die vier- bis fünfmal höher sind, als die ursprünglichen Preise. Als Ergebnis dessen konnte bei einigen dieser importierten Produktionslinien nicht die volle Kapazität erreicht werden.

Auch jetzt haben die entsprechenden Abteilungen dem Problem der Duplikat- bzw. sorglosen Importe noch nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt, so daß das Problem weiterhin existiert. Eine solche Situation hat die normalen Technologieimporte unseres Landes ernsthaft in Mitleidenschaft genommen. Daher ist es nötig, daß der Staat strikte Prinzipien formuliert und effiziente Maßnahmen ergreift, um den Duplikat- und sorglosen Importen moderner ausländischer Technologie ein Ende zu machen." (RMRB, 5.12.87) -lou-

*(50)

Chinesische Arbeiter im Ausland

Seit 1979 sind ca. 250.000 chinesische Arbeiter ins Ausland entsandt worden, um dort in verschiedenen Projekten zu arbeiten. Es waren dies hauptsächlich Seeleute, Bauarbeiter und Köche, doch in den letzten Jahren auch immer mehr Techniker und Ingenieure. Die Arbeiter wurden in den Mittleren Osten, nach Nordafrika, Hongkong und Macau, Nordamerika, Japan und Westeuropa entsandt.

Seit 1979 hat die Volksrepublik insgesamt 4.700 Arbeitsverträge mit Unternehmen in 107 Ländern und Gebieten abgeschlossen. Der Vertragswert belief sich auf 7,5 Mrd.US\$. Ingenieurprojekte machten ca. 80% der Verträge aus, reine Arbeitsleistungen den Rest. In der Zwischenzeit haben einige Bauingenieursfirmen im Ausland Filialen bzw. Joint Ventures gegründet. (XNA, 19.12.87) -lou-

*(51)

Volksrepublikanische Unternehmen nutzen Hongkonger Gerichte für Streitfälle

Staatseigene Unternehmen aus der Volksrepublik nutzen in wachsendem Ausmaße Hongkonger Gerichte, um Streitfälle zu klären. In der Vergangenheit hatte die Volksrepublik ausländische Gerichte benutzt, um ihre Interessen gegen Ausländer zu schützen. In den letzten Monaten des Jahres 1987 nutzten mindestens drei Unternehmen das

Rechtssystem der britischen Kronkolonie, um andere chinesische Unternehmen zu verklagen. Rechtsanwälte und Geschäftsleute mit engen kommerziellen Bindungen an die Volksrepublik erklärten dazu, dieser Trend sei ein Zeichen für die wachsenden Kontakte der Volksrepublik mit dem Westen.

Der bemerkenswerteste dieser Fälle war ein Verfahren, das durch die Kaihin Enterprises Co. gegen die China International Trust and Investment Corp. (CITIC) angestrengt wurde. Es handelte sich um die Übernahme der Ka Wah Bank aus Hongkong durch CITIC.

Kaihin ist ein Joint Venture zwischen Geschäftsinteressen des Overseas Chinese Affairs Office, einer chinesischen Regierungsabteilung mit Ministeriumsrank, und Jimmy Ko, einem Geschäftsmann aus Singapur. Kaihin verlangte die Erstattung von Kosten und Schadenersatz von CITIC aufgrund eines angenommenen Vertragsbruches im Zusammenhang mit der Übernahme der Bank durch CITIC. CITIC investierte 350 Mio.HK\$ neues Kapital in die notleidende Hongkonger Bank und erhielt dafür Anteile in Höhe von 95%. Kaihin behauptet, es habe einen Anspruch auf 5% der Anteile, doch CITIC habe bislang den Transfer der Anteile nicht vorgenommen.

Rechtsanwälte in Hongkong erklärten, der Trend, Streitfälle in Hongkong lösen zu lassen, spiegele auch die Bemühungen der Volksrepublik wider, ihr eigenes Rechtssystem zu modernisieren. Bekanntlich wurde die Position des Rechtsanwaltes im Jahre 1957 während einer Antirechtsskampagne abgeschafft; Rechtsanwälte erschienen erst wieder in den späten 1970er Jahren. (AWSJ, 18./19.12.87) -lou-

Wirtschaft

*(52)

Versteigerung von Landnutzungsrechten in Shenzhen

Am 1.Dezember 1987 wurden in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen die Nutzungsrechte für eine Parzelle Land zum Preise von 5,25 Mio.Yuan verkauft. In einem Auktionsverfahren erhielt die lokale Entwicklungsgesellschaft Shen-

zhen Real Estate Company den Zuschlag für das 8.588 qm große Grundstück. Das letzte Gebot war 3,25 Mio.Yuan höher als das Anfangsgebot in Höhe von 2 Mio. Yuan. Der Chefauktionator hatte ursprünglich nur 3 Mio.Yuan erwartet.

Der stellvertretende Bürgermeister von Shenzhen, Li Chuanfang, teilte mit, daß im Jahre 1988 weitere Grundstücke versteigert würden; ausländische Unternehmen seien eingeladen, an den Versteigerungen teilzunehmen.

An der Versteigerung am 1.12.1987 durften nur Unternehmen, die in Shenzhen registriert waren, teilnehmen. Unter den 43 Teilnehmern waren 11 chinesisch-ausländische Joint Ventures. Das neu ernannte Mitglied des Politbüros, Li Tieying, der der Zentralen Kommission zur Umgestaltung der Wirtschaft vorsteht, der Bürgermeister von Shenzhen, Li Hao, und 17 weitere Bürgermeister aus anderen Städten waren anwesend, um die Auktion zu beobachten. Aus dem benachbarten Hongkong war ebenfalls eine Delegation von 21 Architekten und Ingenieuren anwesend.

Diese Versteigerung, die keine Vorgänger hat, begann mit einer detaillierten Erklärung der Versteigerungsregeln durch einen verantwortlichen Kader der Sonderwirtschaftszone.

Der Generalmanager der Shenzhen Real Estate Company teilte Reportern mit, daß der Preis für die Landnutzung nicht zu hoch sei und daß das Unternehmen keine Schwierigkeit haben würde, das Geld aufzubringen. Der Preis pro qm Land belief sich auf 611 Yuan. Die Shenzhen Real Estate Company plant, auf diesem Gelände achtstöckige Wohnhäuser mit geschätzten Baukosten von 400 Yuan pro qm zu errichten. Die gesamten Baukosten pro qm würden auf etwa 800 Yuan geschätzt.

Da der Preis, zu dem die Wohnungen schließlich verkauft werden sollten, um 920 Yuan pro qm liege, sei also eine Gewinnrate von 10-12% möglich. Die Regeln für den Verkauf von Nutzungsrechten in der Sonderwirtschaftszone begrenzen die Gewinnrate auf 15%.

Ebenso wie bei zwei vorherigen Abschlüssen über die Landnutzung in Shenzhen beträgt die Pachtdauer 50 Jahre.

Shenzhen ist dazu ausersehen worden, als Pionier in der Reform des Landnutzungssystems zu agieren. Die bislang gültige Praxis, den Unternehmen kostenloses Land zu zuweisen, wird nicht nur als verschwenderisch, sondern auch als hinderlich für die Entwicklung einer Warenwirtschaft angesehen.

Dem Vernehmen nach haben auch die Städte Shanghai, Tianjin und Guangzhou sowie die Insel Hainan das Recht erhalten, ähnliche Landtransaktionen vorzunehmen.

Es wird angenommen, daß die Einführung des Verkaufes von Landnutzungsrechten in ausgewählten chinesischen Städten den Weg geöffnet habe, um die benötigten Mittel für Infrastrukturprojekte aufzubringen. Die erfolgreiche Versteigerung in Shenzhen soll zur effizienteren Nutzung des städtischen Landes beitragen. (TKB, 3.-9.12.87) -lou-

*(53)

Unternehmensanleihen in Shanghai

Nach einem Bericht der chinesischen *Financial Times* können Unternehmen in Shanghai nun Anleihen begeben, um Finanzmittel aufzubringen. Alle staatseigenen und Kollektivunternehmen können kurzfristige Anleihen durch Finanzinstitutionen begeben, doch die Kollektivunternehmen können die Anleihen nur an ihre eigenen Arbeiter und Angestellten ausgeben. Dies besagen Vorschriften, die durch die Shanghai Filiale der Volksbank publiziert wurden.

Die Höhe der Anleihen kann zwischen 1 Mio. bis zu 30 Mio.Yuan liegen. Es gibt drei Fristigkeiten - drei Monate, sechs Monate und neun Monate. Die monatlichen Zinsraten betragen 5,1 und 5,4 und 5,7 pro 1.000 Yuan. Mit Genehmigung der Volksbank kann die Zinsrate jedoch angehoben werden.

Die Transaktionen der kurzfristigen Anleihen können bei der Shanghai-er Börse durchgeführt werden, die Preise der Anleihen sollen in den Märkten frei fluktuieren. Die neue Praxis ist darauf gerichtet, Finanzmittel für jene Unternehmen bereitzustellen, die bessere wirtschaftliche Resultate aufzuweisen haben. Auf diese Weise wird der Egalitarismus bei der Vergabe von Krediten vermieden und die Konkurrenz zwischen den Unternehmen gestärkt.

Am 10.12.1987 begann die Bank of Communications in Shanghai damit, auf neun Monate lautende Anleihen für die Shanghai Nonferrous Metal Company im Gesamtwert von 29,5 Mio.Yuan zu verkaufen. Diese Anleihe war in drei Tagen ausverkauft. Die Radiofabrik Nr.4 folgte diesem Beispiel.

Seit der Freigabe in diesem Bereich haben Unternehmen aus Shanghai Anteilsscheine im Wert von 870 Mio.Yuan und Anleihen im Wert von 1,03 Mrd.Yuan ausgegeben.

Den Unternehmen ist es auch gestattet, Kredite von ausländischen Banken zu ziehen. Die Bekleidungsfabrik Nr.12 in Shanghai erhielt Anfang Dezember einen Kredit in Höhe von 1,45 Mio.US\$ von der Filiale Shenzhen der Bank of Tokyo. (XNA, 28.12.87) -lou-

*(54)

Reiche Ölvorkommen auf den Spratly-Inseln entdeckt

Die Volksrepublik hat auf den Spratly-Inseln, einer Inselgruppe, auf die drei weitere Anrainerstaaten des Südchinesischen Meeres Anspruch erheben, insgesamt 167 Überwachungsstationen eingerichtet. Nach Presseberichten in Beijing vom 21.12.1987 wurden bei den Forschungen Öl- und Gasvorkommen entdeckt. Die Untersuchungen seien in den vergangenen zwei Jahren von der Chinesischen Akademie der Wissenschaften durchgeführt worden.

Beijing vertritt die Auffassung, daß die Spratlys, eine Inselgruppe aus 11 Korallenriffen und rd. 500 Kleinstinseln, zum chinesischen Territorium gehören. Gleichzeitig erheben jedoch auch Vietnam, Malaysia und die Philippinen Anspruch auf diese Inselgruppe. Taiwan hält eine der Inseln besetzt.

Unter Berufung auf einen Forscher des chinesischen Instituts für Meereskunde wurde berichtet, daß sich unter mindestens 230 der Inseln und Korallenriffe Öl- und Gasvorkommen befinden. Die chinesische Marine hatte Mitte Oktober bis Ende Dezember 1987 in den Gewässern der Spratly-Inseln Manöver durchgeführt. (AFB, 21.12.87) -lou-

*(55)

Ausstellung über mangelhafte Produkte abgesagt

Im August 1987 hatte das Ministerium für die Leichtindustrie eine Spezialausstellung vorbereitet, auf der minderwertige Produkte gezeigt werden sollten. Diese Ausstellung sollte im Dezember 1987 in Beijing stattfinden (vgl. dazu C.a., Aug.1987, S.640 f.). Wie ein Sprecher des Leichtindustrieministeriums am 12.12.1987 mitteilte, wurde diese Spezialausstellung abgesagt.

Zeng Xianlin, der neue Minister für Leichtindustrie, erklärte: "Die Ausstellung wurde organisiert, um Unternehmen zu drängen, ihre Produktqualität zu verbessern und die Interessen der Konsumenten zu schützen." Seit August 1987 hätte sein Ministerium 4.401 Briefe aus dem ganzen Land erhalten; in diesen Briefen wurde Klage geführt über die Qualität der Leichtindustrieerzeugnisse.

"Die Entscheidung, diese Ausstellung abzuhalten, schockierte manche Hersteller," so fuhr Zeng fort. Er fügte hinzu, daß während der letzten vier Monate viele Vertreter von Unternehmen das Amt, das für elektrische Haushaltsgeräte und Qualitätskontrolle in seinem Ministerium zuständig ist, besucht hätten, um die Meinungen und Beschwerden der Konsumenten zu erfahren.

Viele Hersteller schickten nun Reparaturkolonnen zu den Konsumenten, um fehlerhafte Produkte zu reparieren. Nur in Beijing alleine hätten 70 Unternehmen über 800 Arbeiter ausgesandt, um für 40.000 Konsumenten fehlerhafte Produkte zu reparieren oder zu ersetzen.

Die Organisatoren der Ausstellung hatten geplant, fehlerhafte Produkte auszustellen, die verkauft und nicht repariert oder ersetzt werden konnten. Es seien jedoch nur 66 Ausstellungsstücke eingesandt worden, so daß man es nicht für nötig befunden hätte, die Ausstellung abzuhalten, da ja der gewünschte Effekt bereits erzielt worden sei.

Nach der Absetzung der Ausstellung kritisierte die offizielle chinesische Nachrichtenagentur Xinhua das Ministerium für Leichtindustrie. Es habe sich dem Druck von Industrievertretern gebeugt und die Ausstellung abgesagt.

Nachdem ein Team von Fernsehreportern ein Warenhaus gefilmt hatte, in dem schlechte Güter gelagert wurden, versuchte eine Abteilung des Ministeriums für Leichtindustrie, die "Informanten" des Fernsehteams herauszufinden. Minister Zeng gab zu, daß einige Leute in seinem Ministerium nichts von der Ausstellung gehalten hätten. Um ihre bevorzugten Fabriken zu schützen, hätten sie die Beschwerdebriefe über die Produkte im Computersystem gelöscht.

Im Kommentar von Xinhua hieß es, das Ministerium habe sicherlich vorgehabt, die Interessen der Konsumenten zu schützen. Doch die Konsumenteninteressen unterliegen in der Volksrepublik keinem Rechtsschutz. So gibt es beispielsweise keine Rechtsvorschrift bezüglich von Beschwerdebriefen aus dem Volke. Dies bedeutet rechtlich, daß Beamte solchen Briefen keinerlei Aufmerksamkeit zu schenken brauchen. Einige Unternehmen hätten dem Ministerium sogar gedroht. Sie deuteten an, ihre Lieferung an das Ministerium einzustellen, falls es zu der Ausstellung komme.

Xinhua bezeichnete die Absage der Ausstellung als "Farce und Enttäuschung für die Konsumenten". (XNA, 12., 13. u. 13.12.87, zit. nach SWB, 15., 17. u. 18.12.87) -lou-

*(56)

Unerwünschte Inspektionsgruppen

Immer wieder beklagen sich Unternehmen über das Verhalten von Inspektionsgruppen, die ihnen von den verschiedenen Ministerien geschickt werden. Das Amt für Finanzinspektion von Shanghai gab ein Beispiel für eine solche Gruppe. Drei Shanghaier Unternehmen waren das Ziel einer aus sieben Personen bestehenden Inspektionsgruppe des Ministeriums für Leichtindustrie. Diese Inspektionsgruppe gab während der 20tägigen Inspektionsperiode insgesamt 29.000 Yuan für Essen, Trinken und Wohnung aus, mithin durchschnittlich 207 Yuan pro Kopf und Tag. (Zum Vergleich: Das durchschnittliche Monatseinkommen eines Arbeiters beträgt ca. 130 Yuan.) Die drei Unternehmen, eine Nähmaschinenfabrik, eine Schlüsselfabrik und eine Uhrenfabrik, wagten es nicht, die Inspektionsgruppe "kalt" zu behandeln, da sie um ihre Reputation fürchteten,

ganz zu schweigen vom Absatz ihrer Produkte. Die Schlüsselfabrik hatte 9.600 Yuan zu bezahlen, die für solche Zwecke vorgesehenen Mittel des Unternehmens beliefen sich jedoch nur auf 5.000 Yuan, so daß das Unternehmen die Mittel anderweitig aufzubringen hatte. (XNA, 18.12.87) -lou-

*(57)

"Undefinierte Autoritäten" behindern Unternehmensreform

Einige chinesische Ökonomen übermittelten dem Staatsrat kürzlich einen Forschungsbericht über Probleme der Wirtschaftsreform. Es folgen Auszüge aus diesem Bericht, den *Liaowang* aus Hongkong am 30. November 1987 abdruckte:

Im vergangenen Jahr haben wir repräsentative Umfragen bei Unternehmen in 18 Provinzen und Städten durchgeführt und 1.800 Fragebögen verteilt, von denen wir 1.405 beantwortet erhielten, das sind 79,64% der insgesamt verteilten Fragebögen. Die Zahl der auswertbaren Fragebögen belief sich auf 1.075, das waren 76,51% der zurückgesandten Bögen. Unter den Beantwortern sind 319 Fabrikdirektoren und stellvertretende Fabrikdirektoren oder 29,7% aller Beantworter, 259 Parteisekretäre und stellvertretende Parteisekretäre (24,1%), 266 Kader der mittleren Ebene (24,7%), 81 Techniker (7,5%) und 140 Arbeiter (13%). Ein Drittel von ihnen arbeiten in großen, mittleren und kleinen Unternehmen, 75,8% arbeiten in staatlichen Betrieben, 17,8% arbeiten in Kollektivbetrieben und 6,4% arbeiten in Joint Ventures. Unter den Beantwortern waren 86,2% Männer. Das durchschnittliche Alter betrug 44 Jahre.

Die Antworten auf die Fragebögen lassen vermuten, daß viele nichtwirtschaftliche Faktoren die normale Entwicklung und den Betrieb der Unternehmen behindern. Nach Meinung der Beantworter sind die Einflüsse dieser nichtökonomischen Faktoren ernster zu nehmen als jene, die durch den Mangel an Finanzmitteln oder durch fehlende Elektrizitätszulieferungen entstehen.

Die Ergebnisse der Umfragen enthüllen dieses Problem: Das größte Hindernis für den Betrieb und die Entwicklung der Unternehmen besteht darin, daß die Autonomie der Unternehmen nicht wirksam

werden kann. Die größte Last besteht darin, daß es zu viele "undefinierte Autoritäten" in den Unternehmen gibt. Die Unternehmen finden es schwierig, zu einer Entscheidung zu kommen, weil diese "undefinierten Autoritäten" unterschiedliche Politiken verfolgen. Es gibt Anzeichen dafür, daß ohne die Reform der politischen und Verwaltungsstrukturen es unmöglich sein wird, die wirtschaftliche Strukturreform grundlegender durchzuführen.

Die Umfragen machen auch ein weiteres Problem sichtbar: Obgleich die Unternehmen Schwierigkeiten damit haben, wegen der zu vielen "undefinierten Autoritäten" zu einer Entscheidung zu kommen, verlassen sie sich immer noch zu sehr auf Verwaltungsorganisationen, weil der Marktmechanismus fehlerhaft ist. Eine Frage in der Umfrage lautet: 'Stimmen Sie mit jenen überein, die sagen, daß die Rolle des Amtes, das für die Unternehmen und Gesellschaften der zweiten Ebene zuständig ist, unverzichtbar ist?' Beantworter, die "ganz zustimmen", machen 2% aus, jene, die "zustimmen", machen 29% aus, jene, die "nicht zustimmen", machen 53,2% aus, jene, die ihre "extreme Nichtübereinstimmung" ausdrücken, machen 13,3% aus und jene, die "nicht wissen", machen 2% aus.

Die oben genannten Prozentsätze zeigen, daß ein Drittel der Beantworter immer noch die Rolle des Amtes bejahen. Deshalb sollten wir uns bewußt sein, daß es gewisse Schwierigkeiten im Verlauf der Verwaltungsstrukturreform geben wird. Wir sollten auch jene Hindernisse überwinden, die durch traditionelle Konzepte verursacht werden, neben der Einführung von angemessenen Veränderungen hinsichtlich der Funktionen der Verwaltungsorgane.

In der 2.Hälfte des Jahres 1986 verkündeten das Zentralkomitee und der Staatsrat die "Verordnung über die Arbeit der unteren Parteiorganisationen in Unternehmen im Eigentum des ganzen Volkes" und die "Verordnung über die Arbeit der Fabrikdirektoren in Industriebetrieben unter dem Eigentum des ganzen Volkes". Diese Verordnungen haben eine wichtige Rolle bei der Förderung des Verantwortlichkeitssystems für Fabrikdirektoren und der Verbesserung der Beziehungen zwischen Parteiführung und Unternehmensverwaltung ge-

spielt. Diese Umfragen zeigen jedoch, daß die Beziehungen zwischen diesen beiden nicht so ideal ist, wie jedermann erwartete.

Eine weitere Frage in der Umfrage lautete: 'Wie sind die Beziehungen zwischen dem Fabrikdirektor und dem Parteisekretär des Unternehmens, dem Sie angehören?' Jene, die sagen, "Gegensatz ist ernst, Verhältnis ist ganz unharmonisch", machen 4,1% aus, jene, die sagen, "ständiger Gegensatz, Beziehung nicht sehr harmonisch", machen 5,9% aus, jene, die sagen, "gelegentlicher Widerspruch, normale Beziehung", machen 27,6% aus, jene, die sagen, "Widerspruch selten, Verhältnis gut", machen 49,5% aus und jene, die sagen, "wenig Widerspruch, harmonische Beziehung", machen 12,9% aus.

Diese Antworten zeigen, daß die Beziehungen zwischen Fabrikdirektoren und den Parteisekretären der Fabrik in einem Drittel der untersuchten Unternehmen nicht harmonisch sind. Dies ist offensichtlich kein kleiner Prozentsatz. Der Mangel an Übereinstimmung zwischen dem Fabrikdirektor und dem Parteisekretär eines Unternehmens wird gewiß die Arbeit des Unternehmens beeinträchtigen.

Warum ist das Verhältnis zwischen Fabrikdirektoren und Parteisekretären in zwei Drittel der Unternehmen gut? Beantworter, die sagen, "ihre persönlichen Beziehungen sind gut", machen 3,2% aus, jene, die sagen, "die Parteisekretäre unterstützen die Fabrikdirektoren", machen 15,6% aus, jene, die sagen, "Fabrikdirektoren respektieren Parteisekretäre", machen 8% aus, jene, die sagen, "Fabrikdirektoren und Parteisekretäre verstehen sich gegenseitig und achten einander", machen 64,2%, während andere Gründe 9% ausmachen.

Gegenseitiger Respekt ist ein wichtiger Grund, warum die Beziehungen zwischen diesen Fabrikdirektoren und Parteisekretären harmonisch sind. Dies zeigt, daß das Verhältnis zwischen Parteileitung und Unternehmensverwaltung eines der Zusammenarbeit ist, wenn sich Fabrikdirektoren und Parteisekretäre gegenseitig verstehen und respektieren. Andererseits deutet es darauf hin, daß die bestehende Unternehmensstruktur keine gute Zusammenarbeit zwischen Parteileitung und Unternehmensverwaltung sicherstellen kann.

Bei unseren Umfragen haben wir entdeckt, daß Fabrikdirektoren und Arbeiter keine identischen Ansichten über die Rolle der Gewerkschaften haben. Hinsichtlich der Frage über die "Rolle der Gewerkschaft in einem Unternehmen" vertreten die meisten Fabrikdirektoren die Meinung, daß die Gewerkschaft die "Teilnahme am Management" an den ersten Platz stellt, wohingegen Arbeiter die "Möglichkeit, die Interessen der Arbeiter zu vertreten", an die erste Stelle setzen und die von den Gewerkschaften organisierten Erholungsaktivitäten als die am wenigsten wichtigen betrachten. Dies weist darauf hin, daß die Gewerkschaft nicht in der Lage gewesen ist, die Interessen der Arbeiter vollkommen zu vertreten und daß die Arbeiter größere Mitwirkungsmöglichkeiten im Management haben sollten. Des weiteren sollten die Gewerkschaften nicht nur den Erholungsaktivitäten oder Verbesserungen der Wohlfahrt der Arbeiter Aufmerksamkeit schenken.

Die Menschen auf unterschiedlichen Ebenen in den Unternehmen, seien sie Fabrikdirektoren, Parteisekretäre, Kader der mittleren Ebene, Techniker oder Arbeiter, arbeiten für denselben Zweck, nämlich für "das Wachstum und das Wohlergehen des Unternehmens", für "bessere Arbeitsbedingungen" und für "Innovationen und Entwicklung". Von diesen Menschen sorgen sich insbesondere die Fabrikdirektoren, Parteisekretäre und Kader der mittleren Ebene um das Wachstum und das Wohlergehen ihrer Unternehmen. Techniker haben mehr Begeisterung als andere für Innovationen und Entwicklung, während Arbeiter ihre Bemühungen darauf richten, ausgezeichnete Arbeitsbedingungen zu ermöglichen.

Ein striktes Management bedeutet eine wichtige Garantie für die Verbesserung der Betriebsweise der Unternehmen. Aufgrund des lang andauernden Einflusses der feudalen Patriarchalmentalität können in allen Unternehmen angetroffen werden: Verbindungen, die durch weibliche Verwandte geformt wurden, durch Verhältnisse zwischen Freunden, durch Verhältnisse zwischen Kollegen, durch Verhältnisse zwischen Menschen aus demselben Ort und durch Verhältnisse zwischen Kommilitonen. Diese Menschen schenken persönlichen Gefühlen im Management der Unternehmen große Beachtung.

Der Einfluß dieser persönlichen Gefühle ist manchmal so ernst zu nehmen, daß Regeln und Verordnungen nicht in die Tat umgesetzt werden können und ein etabliertes System zerstört werden kann. Bei der Einstellung von Angestellten werden soziale Verhältnisse und Hintergründe zuerst berücksichtigt. Wenn Löhne festgesetzt werden, so werden persönliche Verhältnisse berücksichtigt. Wenn ein Angestellter bestraft wird, wird irgend jemand vortreten und für ihn eintreten. All dieses ist zu einem großen Hindernis bei der Durchführung eines strikten Management in den Unternehmen geworden.

Auf die Frage, "ob sie mit der Durchführung eines strikten Managements über die Menschen bei der Arbeit und der Vermeidung der Vermischung persönlicher Gefühle mit dem Management übereinstimmen", antworteten 37,3% der Befragten mit "stimme ganz zu". Jene, die "nicht ganz übereinstimmten", machten 56,5% aus, jene, die sagten, "stimme nicht zu", machten 4,1% aus und jene, die sagten, "ich kümmere mich nicht darum", machten 2,1% aus. Aus den oben genannten Prozentsätzen ergibt sich, daß nur 37,3% der befragten Menschen mit dem strikten Management übereinstimmen. Die meisten von ihnen stimmen nicht überein.

Aufgrund der Ergebnisse der Befragung sind wir der Meinung, daß es noch einen langen Prozeß geben wird, traditionelle Konzepte durch moderne Konzepte zu ersetzen. Als wir eine Umfrage bei einigen Unternehmen durchführten, die eine starke Reformmentalität hatten, entdeckten wir, daß sie auch durch traditionelle Konzepte beeinflusst waren. Zum Beispiel antworteten sie auf die Frage nach dem schlimmsten moralischen Charakter, daß dies jener sei, der den kindlichen Gehorsam für die Eltern verweigere. Die "Vernachlässigung von Pflichten" wurde an die 2.Stelle und "das Nichteinhalten gegebener Versprechungen" auf den 3.Platz gesetzt.

Die Realitäten des Lebens haben uns daran erinnert, daß im Verlauf der Vertiefung der Unternehmensreformen nicht übersehen werden sollte, daß traditionelle Konzepte moderne Konzepte beeinflussen und daß der Widerspruch zwischen modernen und traditionellen Konzepten sich nicht nur im Management der Unternehmen manifestiert, sondern auch in jedem Teil des Wirtschaftsablaufs. (Liaowang, 30.11.87, zit. nach SWB, 9.12.87) -lou-

*(58)

Experiment mit kürzerer Arbeitszeit

Die meisten Arbeiter in der Volksrepublik arbeiten sechs Tage lang jeweils acht Stunden. Eine traditionelle chinesische Medizinfabrik in Chongqing, Provinz Sichuan, hat herausgefunden, daß durch Reduzierung der gesamten Arbeitszeit auf eine 5-Tage-Woche mit jeweils sechs Stunden sich die Ergebnisse dramatisch verbessern. Diese Reform folge keinem festgelegten Plan, erklärte Liu Zhongchao, der 36 Jahre alte Direktor der Fabrik. Man strebe nur nach den besten sozialen und wirtschaftlichen Resultaten.

Liu führte die neue Regelung für die 500 Angestellten der Fabrik vor einem Jahr ein. Seit damals sei der Output um 40% gestiegen, die Produktivität sei um 30% gestiegen und die an den Staat überwiesenen Gewinne um mehr als die Hälfte.

Liu erklärte, die hauptsächlichen Nutznießer des Systems seien die Arbeiter. Xie Huozhen, eine 35jährige Arbeiterin, ist eine von ihnen. Sie lebt 40 km von der Fabrik entfernt und mußte 18 Jahre lang morgens um 4 Uhr aufstehen, um den Bus zur Arbeit zu erreichen. Sie fand dies anstrengend. Doch nun habe sie mehr Freizeit für ihre Familie und für sich selbst, die Arbeit bereite ihr Vergnügen, sagte sie. Liu Xian, der Chef der Gewerkschaft der Fabrik, stimmte zu. Viele Arbeiter, die mehrere Stunden für den Arbeitsweg verbrauchten, warten nur darauf, den Betrieb verlassen zu können. Einige schliefen bei der Arbeit, einige waren langsam bei der Arbeit und andere diskutierten sogar die Möglichkeit eines Streiks. Nun seien sie jedoch mit der Arbeit in dieser Fabrik zufrieden; viele Arbeiter aus anderen Unternehmen fragten nach, ob sie hier arbeiten könnten. Die Menschen könnten nur wenige Stunden Energie aufbringen, erklärte Direktor Liu. Nach mehreren Stunden Arbeit schlafften die Menschen ab, wie ein Pfeil am Ende seines Fluges. Warum sollte man also nicht die Arbeitsstunden verkürzen, um die Arbeiter zu motivieren.

Fast alle Arbeiter der Fabrik stimmen zu. Nach einer Umfrage bei den Arbeitern wurde die neue Arbeitszeitregelung im Oktober 1987 durch den Arbeiterkongreß angenommen.

Die Reduzierung der Arbeitszeit sei nicht die einzige Methode, um die Produktivität zu erhöhen, so glaubt Liu. Gleichzeitig habe man das vertraglich bestimmte Verantwortlichkeitssystem eingeführt. Jeder müsse klar wissen, was seine Pflichten seien. Seit Einführung des neuen Systems sei die mit nutzlosen Gesprächen vergeudete Zeit beträchtlich reduziert worden, die Produktqualität sei verbessert und die Kosten der Produktion seien verringert worden. Je mehr man sich um die Arbeiter kümmere, desto mehr widmeten sich die Arbeiter selbst der Fabrik. Dies nütze sicherlich der Produktion, erklärte Liu.

Der neue Reformschritt ist jedoch nicht bei allen populär. Ein leitender Kader erklärte, daß Liu verrückt sei, soviel Arbeitskraft zu vergeuden. Liu jedoch schien keine Bedenken zu haben. Als Fabrikdirektor habe er das Recht, was immer er für nötig halte zu tun, um die Produktion anzukurbeln. Er allein sei für die Gewinne und Verluste der Fabrik verantwortlich, erklärte Liu. Er sage nicht, daß alle Unternehmen seinem Beispiel folgen sollten. Sie sollten selbst nach ihren eigenen Bedingungen entscheiden. (XNA, 4.11.87) -lou-

*(59)

Rationierung von Schweinefleisch und Zucker in großen Städten

Vom 1. Dezember an wurden Schweinefleisch und Zucker in Beijing rationiert. Jeder Einwohner der chinesischen Hauptstadt erhält nur 1 kg Schweinefleisch pro Monat, und jede Familie mit bis zu drei Mitgliedern erhält bis zu 1 kg Zucker pro Monat. Familien mit vier oder mehr Mitgliedern erhalten 1,5 kg Zucker pro Monat. In Supermärkten war jedoch Schweinefleisch in kleinen Rationen von 0,5 und 1 kg erhältlich, aber zu höheren Preisen.

Nach Angaben der Beijinger Stadtregierung sei die Knappheit bei Schweinefleisch durch einen scharfen Anstieg des Verbrauchs, die Weigerung der Bauern, wegen der steigenden Futterkosten Schweine aufzuziehen, und zunehmender Schweinefleischaukäufe von außerhalb Beijings entstanden. Im November 1987 seien 20.000 t Schweinefleisch verkauft worden, 66% mehr als im Oktober 1986.

Die Zuckerknappheit wurde von der Stadtregierung in Beijing auf die stagnierende Zuckerproduktion wegen Preisfaktoren, eine Abnahme der Zuckerimporte und auf einen scharfen Anstieg in der Nachfrage zurückgeführt. Die Stadtregierung, die bis 1990 3,5 Mio. Schweine produzieren lassen will, arbeitet eine Serie von Maßnahmen aus, die die Aufzucht von Schweinen in den Vorstadtgebieten ermutigen soll, um den städtischen Bedarf befriedigen zu können.

Der Staatsrat entschied, 3 Mio. t Getreide als Schweinefutter zur Verfügung zu stellen, 10% davon sind für Beijing bestimmt.

Auch in Tianjin und Shanghai wurde die Rationierung von Schweinefleisch eingeführt. In Tianjin beträgt die Ration pro Person 1,25 kg pro Monat, Shanghai begrenzt den Einkauf von Schweinefleisch auf einen Wert von 3 Yuan pro Monat.

Nach Angaben des Handelsministeriums betrug die Zahl der lebenden Schweine im Jahre 1985 insgesamt 336 Mio., das sei die höchste Zahl in der Geschichte gewesen. Die Statistiken zeigen, daß die Anzahl der lebenden Schweine, die durch die staatseigenen Handelsorganisationen im ganzen Land bereitgestellt wurde, um 4,9% in der ersten Hälfte des Jahres 1987 im Vergleich zur Vorjahresperiode gesunken sei. Sowohl die Schweinefleischvorräte als auch die Zahl der lebenden Schweine habe um mehr als 6% abgenommen. Aufgrund des gestiegenen Lebensstandards sei jedoch der Schweinefleischverzehr sowohl der städtischen als auch der ländlichen Bevölkerung mit einer jährlichen Rate von 5-7% angestiegen.

Die Tatsache, daß das an die Städte gelieferte Schweinefleisch in ländlichen Gebieten weiterverkauft wurde, habe ebenso die Schweinefleischknappheit in den Städten vergrößert. Einige Händler pflegten großen Mengen Schweinefleisch in Städten zu kaufen, und zwar zu niedrigen staatlich subventionierten Preisen. Illegal verkauften sie dieses Fleisch anderswo zu höheren Preisen. Um den Markt zu stabilisieren, seien die zuständigen Abteilungen in einigen Städten gezwungen gewesen, das Rationierungssystem einzuführen. Die Stadtregierung von Shanghai ergriff eine Serie von wirtschaftlichen Maßnahmen, um den psychologischen

Druck auf die Konsumenten zu mildern und die Versorgung mit anderen Zusatznahrungsmitteln zu erhöhen. Unter diesen Maßnahmen finden sich die erhöhte Versorgung mit Aquaprodukten um 50%, so daß über 200 t täglich erreicht werden. Des Weiteren wurde die Versorgung mit Eiern und allen Arten von Gemüse erhöht.

In Tianjin besteht eine wichtige Maßnahme zur Milderung der Schweinefleischknappheit darin, die Produktion zu entwickeln. Nach Instruktionen der Stadtregierung unternehmen die Vororte von Tianjin und angrenzender Kreise nun Anstrengungen, um mehr Mutterschweine und Ferkel zu produzieren und sicherzustellen, daß Finanzmittel, Futter und andere Lieferungen für die Entwicklung der Schweinezucht zur Verfügung gestellt werden. In der Stadt erwartet man, daß es gegen Ende März 1988 ca. 200.000 Schweine geben wird. Die Hongkonger Zeitung *Wen Wei Po* berichtete am 9. Dezember 1987, daß aufgrund einer Untersuchung bekannt sei, daß mit 5 Jin (0,5 kg) Futter 1 Jin Fleisch produziert werden könnte. Im Zuge der Durchführung der Wirtschaftsreform sei die Kontrolle über die Getreidepreise gelockert worden. Im Mai 1987 stieg der Preis des Futters um 0,5 Yuan pro Jin, das war 28,3% mehr als in der Vorjahresperiode. Der Preis für lebende Schweine betrug 1,83 Yuan pro Jin, ein Anstieg von 11% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres. Der Preis des Futters ist also höher als der Preis des Fleisches. Weil die Bauern kein Geld verlieren wollten, verkauften sie eher das Futter, als daß sie Schweine aufzögen. Dies führte zu einem drastischen Rückgang der Schweinefleischlieferungen.

In der Stadt Xi'an wurde am 11.12.1987 angekündigt, daß ein Rationierungssystem für Schweinefleisch in der Stadt vom 25.12.1987 an gelte. In Verbindung damit werden die Subventionen der Regierung für den Verkauf von Schweinefleisch angehoben.

Diejenigen, die Rationierungsscheine für Schweinefleisch erhalten können, sind Arbeiter und städtische Einwohner, deren Namen in den offiziellen Registrierbüchern für Haushalte und Getreide in den sechs zentralen und Vorstadtbezirken von Xi'an aufgeführt sind. Die Schweinefleischration würde in Übereinstimmung mit den Schweinefleischlieferungen festgesetzt werden.

In Xi'an erhalten die Besitzer von Rationscoupons Nr.1, die vom 25.12.1987 bis zum 1.1.1988 ausgegeben werden, 0,75 kg Schweinefleisch. Fachschulen, technische Fachschulen und Einheiten der Volksbefreiungsarmee erhalten Rationierungscoupons für ihre Kantinen und nicht für jeden einzelnen. Der Versorgungsstandard der Studenten von Colleges und technischen Fachhochschulen wird auf dem ursprünglichen Niveau beibehalten, das bedeutet präzise, jeder Student wird 2 kg Schweinefleisch pro Monat erhalten. In den Einheiten der Volksbefreiungsarmee wird jeder Soldat pro Monat 1 kg Schweinefleisch erhalten. Schweinefleisch wird zu ausgehandelten Preisen vom 25.12.1987 an an alle Gasthäuser geliefert, die Ausländer bewirten.

Die Stadtregierung von Xi'an entschied auch, die Preissubventionen für Fleisch vom 1. Januar 1988 an leicht zu erhöhen. Die Subvention für jeden Staatsangestellten wird von 2,1 auf 4 Yuan pro Monat erhöht. Jene, die ohne Beschäftigung und auf Hilfszahlungen angewiesen sind, erhalten statt 1,3 nunmehr 2,5 Yuan pro Monat. Für Studenten von Colleges und technischen Fachschulen werden 1,6 Yuan monatlich ausgegeben. Was die nichtlandwirtschaftliche städtische Bevölkerung der nationalen Minoritäten angeht, so wurde beschlossen, ihnen über die Standardsubventionen hinaus zusätzliche monatliche Subventionen in Höhe von 1,6 Yuan zu zahlen; Studenten aus diesem Kreis erhalten zusätzlich 1,2 Yuan und jene, die von Hilfszahlungen abhängig sind, 1 Yuan zusätzlich.

Die Stadtbehörden der Stadt Guangzhou entschieden sich, im Gegensatz zu der sonst weit verbreiteten Praxis beim alten System zu bleiben. Für diese günstige Situation in Guangzhou gibt es einige wichtige Gründe. Zunächst muß sich Guangzhou wegen der Produktion auf die umliegenden Kreise verlassen, die 60-70% der Lieferungen von frischem Schweinefleisch sicherstellen. Guangzhou übernahm die Führung hinsichtlich der Beseitigung der Preisrestriktionen für Schweinefleisch im Jahre 1985. Diese Maßnahme hat den Enthusiasmus der Bauern in den Vorstädten erhöht, Schweinefleisch zu produzieren. Es wurde berichtet, daß die von den Vorstadtgebieten gelieferten Schweine mehr als 1 Mio. Dan (1 Dan = 50 kg) jährlich

ausmachen, das sind 50% der Marktlieferungen. Eine große Anzahl von spezialisierten Haushalten und Dörfern ist entstanden. Einige der spezialisierten Haushalte produzieren mehr als 100 Schweine. Aufgrund der schnellen Entwicklung des Versorgungssektors liefern die Abfälle einen beträchtlichen Anteil des Schweinefutters.

Die in Guangzhou ergriffenen Maßnahmen zur Beseitigung der Preisrestriktionen haben die Aufmerksamkeit benachbarter Provinzen und Städte auf sich gezogen. Das in diesen Provinzen und Städten produzierte Schweinefleisch wurde in Guangzhou abgesetzt, und zwar im Umfange von jährlich Millionen von Dan. Diese Gebiete dienten als der "rückwärtige" Schweinefleischmarkt für Guangzhou. Obgleich der Preis für das Schweinefleisch nach der Beseitigung der Restriktionen relativ hoch war, nahm auch die Kapazität der Konsumenten in Guangzhou entsprechend zu. Obgleich das Preisbüro der Stadt immer wieder Klagen über die Preisanhebungen für Schweinefleisch erhielt, erhöhten sich die Spareinlagen der Einwohner von Guangzhou jedes Jahr beträchtlich. Aufgrund der Öffnung während der letzten sieben Jahre ist die gesamte Provinz Guangdong nun weniger von staatlichen Subventionen abhängig. In einem Bericht eines Reporters in der *Volkszeitung* vom 16.12.1987 wurde darauf hingewiesen, daß das Preisproblem im Zuge der Wirtschaftsreform entstanden sei. Die Widersprüche sollten aber nicht vermischet und der Reform angelastet werden. Dieses Problem sollte nicht als Scheitern der Reform betrachtet werden. (XNA, 1.12.87, zit. nach SWB, 4.12.87; Zhongguo Xinwen She, 4.12.87, zit. nach SWB, 9.12.87; Xinhua, 8.12.87, zit. nach SWB, 12.12.87; Wen Wei Po, 9.12.87, zit. nach SWB, 18.12.87; Radio Xi'an, 12.12.87, zit. nach SWB, 18.12.87; Wen Wei Po, 13.12.87, zit. nach SWB, 18.12.87; RMRB, 16.12.87) -lou

*(60)

Entwicklungsanstrengungen in Hainan

Chinesische Wissenschaftler und andere Experten arbeiten nun daran, Entwicklungspläne für Hainan zu entwerfen, die zu einer eigenen Provinz werden soll (vgl. dazu beispielsweise C.a., September 1987, S.708 f.). Hinsichtlich des Städte-

baus soll die Insel von den modernen Erfahrungen anderer Länder lernen. Die öffentlichen Einrichtungen sollen nach internationalen Standards konstruiert werden.

Nach einer 15tägigen Erkundungstour durch Hainan erklärte eine Gruppe von 18 Experten und Regierungskadern, daß Haikou die Hauptstadt der neuen Provinz werden soll. Die Stadt wird 1 Mio. Einwohner haben und soll als moderne Hauptstadt ausgebaut werden.

Das Ministerium für Dorf- und Städtebau und für Umweltschutz beabsichtigt, in Hainan ein Planungszentrum zu errichten. Dieses Zentrum soll für den Ausbau der Städte Haikou und Sanya sowie für die Tourismusedwicklung zuständig sein.

Der Minister für Post- und Telekommunikation teilte mit, daß ein Plan für die Entwicklung der Telekommunikationseinrichtungen in Hainan entwickelt worden sei. Gegenwärtig gibt es 1.800 Mikrowellenschaltkreise sowie 5.000 automatische Telefone in Haikou. Guangzhou, Hongkong und Macau können direkt angewählt werden. Nach dem Plan soll Haikou Ende 1988 über 350 automatisch gesteuerte Fernlinien verfügen können. Ein programmkontrolliertes Telefonvermittlungssystem für bis zu 10.000 Telefone soll importiert werden. Der Direktwählverkehr zu anderen wichtigen Städten in der Volksrepublik und anderen Ländern soll erweitert werden.

Eine immer größere Anzahl von Überseechinesen und Geschäftsleuten aus Hongkong investiert in Hongkong. Bis Ende November 1987 waren mehr als 200 Verträge für Joint Ventures, Gemeinschaftsunternehmen und Fabriken abgeschlossen worden. Der Gesamtwert der Investitionen, an dem ausländisches Kapital beteiligt ist, belief sich auf 300 Mio.US\$; 80 Mio.US\$ davon kamen aus dem Ausland. Die Projekte umfassen ein breites Spektrum von Aktivitäten, und zwar von der Landwirtschaft über Textilien, Elektronik bis hin zu Dienstleistungen. Ende November 1987 waren 130 Projekte in Betrieb.

Es gibt ca. 1,7 Mio. Menschen, die aus Hainan stammen und in 50 Länder bzw. Regionen ausgewandert sind. Seit 1978 haben sie ca. 120 Mio.US\$ auf die Insel über-

wiesen. Damit wurden Schulen, Bibliotheken und andere öffentliche Einrichtungen gefördert. Seit 1979 kamen 140.000 Überseechinesen sowie Chinesen aus Hongkong und Macau auf die Insel; 3.200 Touristen kamen aus anderen Ländern.

Bislang haben mehr als 100.000 Menschen vom Festland den Antrag gestellt, auf der Insel Hainan arbeiten zu können. Die Bewerber, durchschnittlich 400 Personen pro Tag, stammen hauptsächlich aus den Provinzen Hunan, Guangdong und Shaanxi. Unter ihnen sind 80% Wissenschaftler und Techniker. Die Regierung der Insel wird in Beijing, Guangzhou, Wuhan, Shanghai und Chongqing Rekrutierungsbüros errichten, um mehr qualifiziertes Personal für Hainan zu gewinnen. (XNA, 5., 8. und 28.12.87; RMRB, 28.11.87) -lou-

*(61)

Institutioneller Kauf von Luxusgütern nimmt zu

Die Nachrichtenagentur Xinhua meldete am 30.11.1987, daß sie von zuständigen Organen erfahren hätte, daß die sogenannten institutionellen Käufe von Konsumgütern in der Volksrepublik in den ersten zehn Monaten des Jahres 1987 um 22,2% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres zugenommen hätten, während die Käufe von Privatpersonen nur um 16,5% gewachsen seien. Dieses Phänomen, nämlich daß das Wachstum der institutionellen Konsumtion höher sei als das der individuellen Konsumtion, habe nun vier Jahre lang andauert.

Es gäbe eine Expertenmeinung, nach der Regierungsbüros, öffentliche Organisationen, Unternehmen sowie öffentliche Institutionen eine stärkere Neigung als Privatleute hätten, hohe Ausgaben zu tätigen. Auf diese Weise sei ein schlechtes Beispiel für das Land gegeben und die landesweite übermäßige Konsumtion ermutigt worden. Mit dieser Praxis müsse Schluß gemacht werden.

Im Jahre 1977 beliefen sich die institutionellen Käufe in der Volksrepublik auf nur 13,47 Mrd.Y. Um das Jahr 1986 habe die entsprechende Summe 46,2 Mrd.Y erreicht. Während dieser Zeit seien die Staatseinnahmen um 150% gestiegen, die institutionelle Konsumtion wuchs jedoch nahezu um

250%, d.h. 100% mehr als das Wachstum der Staatseinnahmen. Eine Anzahl von Einheiten und leitenden Kadern ergingen sich im Vergnügen, bauten luxuriöse Häuser, führen aufwendige Autos usw., alles dies zu Lasten der Öffentlichkeit.

Unter all diesen Ausgaben stand der Kauf von aufwendigen Autos an erster Stelle. Im Jahre 1981 wurden nur 15.728 Limousinen im Werte von 340 Mio.Y durch Institutionen gekauft. Im Jahre 1986 wurden jedoch schon 115.677 große Autos im Werte von 5,34 Mrd.Y gekauft. In nur fünf Jahren hatte die Zahl der großen Autos 6,2mal zugenommen und die dafür ausgegebenen Mittel 14,5mal. Zusätzlich zum Kaufpreis benötigt jeder Wagen mindestens Betriebskosten in Höhe von 10.000 Yuan pro Jahr. In den letzten fünf Jahren kamen 300.000 große Autos hinzu, das bedeutete jährliche Ausgaben in Höhe von 3 Mrd.Y. In zehn Jahren werden die Ausgaben sich auf 30 Mrd.Y belaufen, ca. ein Siebtel der gesamten Staatseinnahmen.

Die neu hinzugekommenen großen Autos wurden meistens importiert, weil jede Einheit nach importierten Luxus- und Superluxusautos strebt. Unter Regierungsämtern, öffentlichen Organisationen, Unternehmen und öffentlichen Institutionen gibt es die Tendenz zum erhöhten Verbrauch.

Bei den Käufen von fast allen Luxus- und dauerhaften Konsumgütern wurden in den letzten Jahren erstaunliche Zuwächse verzeichnet. Im Jahre 1986 stieg die Zahl der von Arbeitseinheiten gekauften Video-Recorder und Sofas 31 mal bzw. 20,6 mal gegenüber 1981. Andere Produkte, wie beispielsweise Teppiche, Klimageräte, Farbfernsehgeräte, Fotokopiermaschinen, Kameras, Kühlschränke und Waschmaschinen, verdoppelten oder verdreifachten sich. 1986 gaben die Arbeitseinheiten 157 Mio.Yuan für Video-Recorder und 86 Mio.Yuan für Klimageräte aus.

Des weiteren wurde Komfort, Luxus und Stil beim Bau von Bürogebäuden, Gästehäusern und Sanatorien betont. Nicht nur der Standard beim Bau neuer Gebäude und Häuser ist immer höher und höher geworden, sondern auch alte Gebäude wurden modernisiert und renoviert. Manche Gästehäuser auf der Ebene der Präfekturen und Kreise wurden

nach dem Muster von mittel- und hochklassigen Hotels konstruiert, die zur Unterbringung von Ausländern benutzt werden. Manche Fabriken bauten mit importierter Technologie und Tausenden von Yuan luxuriöse Gästehäuser speziell für einige wenige ausländische Techniker. Tatsächlich waren diese Gästehäuser jedoch für den Eigengebrauch gedacht. Aufgrund einer Schätzung von zuständigen Abteilungen haben die Finanzmittel, die für den Bau und die Renovierung solcher Gebäude und Gästehäuser ausgegeben worden sind, die sogenannten institutionellen Käufe von Konsumgütern übertroffen.

Ernster ist die Tatsache zu nehmen, daß einige führende Organisationen Finanzmittel, die zur Hilfe der Armen usw. bestimmt waren, für Renovierung und zum Bau von luxuriösen Gästehäusern und zum Kauf von aufwendigen Autos sowie Fernsehgeräten verwandten, bevor das Problem der Nahrungsmittel und Kleidung in den armen Gebieten gelöst war. (Xinhua, 30.11.87, zit. nach SWB, 5.12.87) -lou-

*(62)

Verlust von Waldflächen

Das Ministerium für Forstwirtschaft hat Ende Dezember 1987 erneut vor den negativen Langzeitfolgen des fortschreitenden Waldverlustes in China gewarnt. "Falls das Waldfällen mit der gegenwärtigen Geschwindigkeit andauert, werden bis Ende des Jahrhunderts nahezu drei Viertel des chinesischen Waldes verloren sein." Um den verhängnisvollen Trend aufzuhalten, sind deutlich gesteigerte Aufforstungsbemühungen notwendig. Während der letzten zehn Jahre sind die Wälder, die unter der Aufsicht der 131 Forstwirtschaftsbüros des Landes stehen, um 21% zurückgegangen. Hauptaufgabe der Forstwirtschaftsbüros wird es daher in Zukunft sein, "die Waldreserve zu schützen und der unkontrollierten Nutzung der Wälder ein Ende zu machen". Ferner fordert das Ministerium die Installierung großflächiger Waldbeobachtungssysteme, um Großbrände in Zukunft früher erkennen und bekämpfen zu können. Anlaß für diese Forderung war der Großflächenbrand in Nordostchina Anfang 1987. Um die gegenwärtige Fällquote auszugleichen, müssen bis Ende des Jahrhunderts 6,66 Mio.ha Wald neu gepflanzt und 530.000 ha aufgebessert werden. (XNA, 28.12.87) -ma-

*(63)

Probleme mit der Fruchtbarkeit des Bodens

In der *Bauernzeitung* vom 11.12.1987 nahm ein Kommentator Stellung zu dem Problem, daß Bauern, die über die Zukunft besorgt sind, die Verschlechterung des Bodens zulassen. Es folgen Auszüge aus diesem Kommentar:

In den letzten Jahren ist die Abnahme der Fruchtbarkeit der Böden zu einem immer auffälligeren Problem geworden. Entsprechend Daten, die in der Präfektur Jingzhou, Provinz Hubei, im Jahre 1985 gesammelt wurden, machen die drei Farmlandtypen, die die vom Staat festgesetzten Standards für den Stickstoff-, Phosphat- und Kalziumgehalt erfüllen, 13,8%, 55,5% und 7,6% der gesamten Ackerlandfläche der Präfektur aus. In der Mitte der Jiangnan-Ebene gelegen ist die Präfektur Jingzhou seit langem als wichtiges Getreidegebiet bekannt, und zwar aufgrund des fruchtbaren Bodens und der hohen landwirtschaftlichen Erträge. Nun wird diese Präfektur durch die Abnahme der Fruchtbarkeit des Bodens bedroht. Man kann sich auch leicht vorstellen, wie die Lage anderswo ist.

Der wichtigste Grund für die Abnahme der Fruchtbarkeit des Bodens liegt in der Tatsache, daß die Bauern besorgt sind über "mögliche Veränderungen in der Politik". Deshalb wollen sie nicht mehr in das Land investieren und kümmern sich auch nicht mehr um die Anhebung der Fruchtbarkeit des Bodens. Obgleich das vertraglich vereinbarte Verantwortlichkeitssystem auf der Basis von Haushalten in den ländlichen Gebieten eingeführt ist und das Eigentum und die Verwaltung von Land getrennt worden sind, haben die Bauern immer noch keine feste Zuversicht in die rechtliche Gültigkeit von Landverträgen.

Orientiert an einer Mentalität kurzfristiger Interessen "betätigen sie sich weiterhin in der Farmlandwirtschaft, und zwar solange, wie dies ihnen Gewinne einbringt". Aus diesem Grunde tun sie ihr Äußerstes, um so viel Geld aus dem Land wie möglich herauszuquetschen, doch sie schenken der Reproduktivkraft des Landes keine Aufmerksamkeit. Auf schnellen Erfolg und unmittelbaren Nutzen aus, kümmern sie sich nicht um die Fruchtbarkeit des Bodens. Es gibt eine Menge natürlichen Düngers an

vielen Orten. Überall sind menschliche Exkremete, Mist und Abfälle aus der Farmlandwirtschaft vorhanden. Doch die Bauern bringen diese Düngemittel nicht aufs Land.

Andererseits wollen jene Bauern, die sich von der Landarbeit freigestellt und in anderen Produktionszweigen tätig sind, nicht auf ihre Parzellen verzichten. Sie praktizieren deshalb eine extensive Farmwirtschaft, indem sie ihre Parzellen für die "Nebenerwerbsproduktion" nutzen oder sie einfach brachliegen lassen. Da dies so ist, ist der Schutz der Fruchtbarkeit des Bodens zu einem wichtigen Teil des Programms geworden, das Verwaltungssystem auf zwei Ebenen zu verbessern. Gleichwohl können wir keine Zwangsmaßnahmen ergreifen, um die Bauern zu zwingen, mehr in ihr Land zu investieren und mehr organischen Dünger zu verwenden. Der einzige Weg, sie zu ermutigen, die Fruchtbarkeit des Bodens zu schützen, besteht darin, ihre Initiative voll ins Spiel zu bringen. Daher ist es eine Aufgabe erster Priorität, eine Methode auszuarbeiten, um die Zweifel der Bauern über die Kontinuität der Politik zu zerstreuen und sie zu ermutigen, mehr Investitionen in das Land vorzunehmen und die Fruchtbarkeit des Bodens zu erhöhen.

Im Dorf Xinlong, Stadt Chuandian, Kreis Jiangling, ist das Land klassifiziert und ein System eingeführt worden, wonach jene, die die Qualität ihrer Parzellen verbessert haben, gelobt und jene, die die Qualität verringert haben, bestraft werden. Dies ist ein sehr wertvolles Experiment. Ein solches System, das dort seit vielen Jahren praktiziert worden ist, hat sich als eine neue und empfehlenswerte Methode erwiesen, die Bauern zu ermutigen, Investitionen in das Land vorzunehmen, die Fruchtbarkeit des Bodens zu schützen und zu erhöhen, die latente Kraft der Landwirtschaft zu verstärken und die dauerhafte Nutzbarkeit des Farmlandes sicherzustellen. (Nongmin Ribao, 11.12.87, zit. nach SWB, 31.12.87) -lou-

* (64)

Einkommensunterschiede in ländlichen Gebieten

Die Zeitschrift *Ban Yue Tan* vom 25.11.1987 stellte sich die Frage, ob es eine Polarisierung in den ländlichen Gebieten gebe. Konkreter: Hat die ländliche Reform eine

Polarisierung unter den Bauern hervorgebracht? Es folgen Auszüge aus diesem Artikel:

Nach der Einführung des Systems der vertraglich vereinbarten Verantwortlichkeit in den ländlichen Gebieten stieg das Einkommen der Bauern schnell an. Im Jahre 1985 betrug das Pro-Kopf-Nettoeinkommen der Bauern im ganzen Lande 397,6 Yuan, ein Anstieg von 160% gegenüber 1978 (wobei die Preissteigerungen berücksichtigt sind). In den sieben Jahren betrug die jährliche Wachstumsrate 14,9%. In den 13 Jahren von 1965-1978 stieg das Einkommen der Bauern jedoch nur jährlich um 1,7% an. Im Jahre 1986 stieg das Pro-Kopf-Nettoeinkommen der Bauern weiter an. Es erreichte 424,05 Yuan, ein Zuwachs von 6,7% gegenüber dem vorangegangenen Jahr. In der ersten Hälfte des Jahres 1987 stieg das Pro-Kopf-Nettoeinkommen der Bauern wiederum um 12,7% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres an. Nach Berücksichtigung der Preiswirkungen betrug die tatsächliche Wachstumsrate 6,7%.

Des Weiteren ist das Einkommen der Bauern in verschiedenen Gebieten in gewissem Ausmaße gestiegen. Entsprechend den statistischen Angaben betrug im Jahre 1985 das Pro-Kopf-Nettoeinkommen der Bauern in den Ebenen 421,84 Yuan, ein Anstieg von 190% gegenüber 1978. Das Einkommen betrug 375,41 Yuan in hügeligen Gebieten, ein Anstieg um 183%, und 317,67 Yuan in bergigen Gebieten, ein Anstieg von 169%. Aus dem Blickwinkel der drei Wirtschaftsregionen betrug im Jahre 1985 das Pro-Kopf-Nettoeinkommen der Bauern 462,7 Yuan in Ostchina (Anstieg von 244,9 Yuan gegenüber 1980), 388,6 Yuan in Zentralchina (Anstieg von 207,6 Yuan) und 321,7 Yuan in Westchina (Anstieg von 151,7 Yuan).

Gibt es nun irgendwelche Unterschiede im Einkommen der Bauern? Es sollte gesagt werden, daß die Einkommenslücke sich während der letzten Jahre vergrößert hat. Gleichwohl kann nicht gesagt werden, daß sie sich in einem irrationalen Ausmaß erweitert hat. Nach Berechnungen des Zentralen Statistikamtes, das eine Koeffizientenberechnungsmethode, wie sie weitgehend in der Welt benutzt wird, anwendet, betrug der Koeffizient der bäuerlichen Einkommen wie

folgt: 0,2124 im Jahre 1978, 0,2366 im Jahre 1980, 0,2388 im Jahre 1981, 0,2318 im Jahre 1982, 0,2459 im Jahre 1983, 0,2577 im Jahre 1984 und 0,2636 im Jahre 1985.

Nach den Berechnungen einer relevanten UN-Organisation liegt der Koeffizient im allgemeinen zwischen 0,2 und 0,6. Ein Koeffizient von weniger als 0,2 oder höher als 0,6 wird als irrational betrachtet. Entsprechend den Angaben einer relevanten Abteilung unseres Landes sollte der Koeffizient des bäuerlichen Einkommens zwischen 0,3 und 0,4 liegen. Ein Koeffizient von weniger als 0,2 zeigt, daß ein hoher Grad von Egalitarismus vorhanden ist, und ein Koeffizient von größer als 0,4 zeigt, daß die Lücke zu groß ist. Obgleich insgesamt sich die Lücke in den Einkommen der Bauern nach und nach in den letzten paar Jahren vergrößert hat, war der Wandel stetig. Des Weiteren zeigt die größer werdende Lücke in den letzten Jahren die Bemühungen, mit der egalitären Praxis der Verteilung Schluß zu machen. Diese Praxis existierte eine lange Zeit, nämlich seit der Bewegung, Kooperativen und Volksgemeinschaften zu organisieren. Deshalb bedeutet die sich vergrößere Lücke in den letzten Jahren den Wechsel von einer sehr egalitären Praxis zu einer relativ rationalen Praxis.

Wichtiger ist es anzumerken, daß sich in den letzten Jahren beträchtliche Veränderungen hinsichtlich der wirtschaftlichen Bedingungen der Bauern mit niedrigem Einkommen ergeben haben. Der Anteil der Bauern mit einem Jahreseinkommen von weniger als 200 Yuan sank von 82,6% im Jahre 1978 auf 11,3% im Jahre 1986. Dies zeigt, daß das Pro-Kopf-Einkommen einer wachsenden Anzahl von Bauern auf ein höheres Niveau gestiegen ist.

Es ist wahr, daß eine geringe Anzahl von Bauern nicht in der Lage gewesen ist, sich selbst aus der Armut zu befreien. Im Jahre 1986 betrug das Pro-Kopf-Nettoeinkommen von 11,3% der Bauern im ganzen Lande immer noch weniger als 200 Yuan. Circa 40 Mio. Leute hatten nicht das Problem der Versorgung mit Nahrungsmitteln und Kleidung gelöst. Doch dies war überhaupt nicht das Ergebnis der ländlichen Reform. Dies ist aus der Vergangenheit überkommen. Im Gegenteil, die ländliche Reform förderte die rapide wirtschaftliche Entwicklung in den armen Gebieten.

Laut Statistiken wuchs der gesamte landwirtschaftliche Bruttoerzeugungswert von 664 armen Kreisen im ganzen Lande um 47,6% im Jahre 1986 gegenüber 1980. Dies bedeutet ein jährliches durchschnittliches Wachstum von 6,7%. Neben Getreide ist das Wachstum von Baumwolle, Speiseöl, Zucker, Hanf, Tee, Früchten und tierischen Produkten schneller als das durchschnittliche Wachstum des Landes in der entsprechenden Periode. (Ban Yue Tan, 25.11.87, zit. nach SWB, 8.12.87) -lou-

Taiwan

*(65) Drei neue Parteien gegründet

In Taiwan sind kürzlich wieder drei neue Parteien gegründet worden, nämlich die Gondang (Arbeiterpartei), die Zhongguo Minzhongdang (Chinesische Volkspartei) und die Zhongguo Minzhuzhengyi-dang (Chinesische Demokratische und Gerechte Partei).

Die am 1. November gegründete Gongdang hielt am 6. Dezember ihren ersten Parteitag ab, an dem über 200 Vertreter teilnahmen (LHB, 7.12.87). Wang Yixiong, Mitglied des Gesetzgebungs Yuan, wurde zum Parteivorsitzenden gewählt. In dem 15köpfigen Zentralkomitee bilden die Gewerkschaftsfunktionäre die überwiegende Mehrheit. Die Gondang gilt als eine Splitterpartei der großen Oppositionspartei Minjindang. Beide wollen in Zukunft zusammenarbeiten.

Am 21. November wurde die Zhongguo Minzhongdang gegründet, die sich nach eigenen Angaben auf Intellektuelle stützt. Im Parteistatut wird eine Verteilung des Sozialreichtums mit friedlichen Mitteln und Verbesserung des Sozialnetzes befürwortet (LHB, 22.11.87).

Die am 25. Dezember entstandene Zhongguo Minzhu-zhengyi-dang vertritt nach den Worten ihres Initiators, Zhang Dazheng, die Interessen von Mittelstandsunternehmen (LHB, 25.12.87). -ni-

*(66) Importe wachsen schneller als Exporte

In den ersten neun Monaten 1987 gab es nach Angaben des Direktors vom Amt für Außenhandel, Vincent Siew (Xiao Wanchang), gegenüber dem Vorjahreszeitraum zum erstenmal seit 20 Jahren einen größeren Anstieg der Importe als der Exporte (FCJ, 16.11.87). Dieser Trend hält weiter an. Im November hatten die Importe mit 3,6 Mrd. US\$ eine Zuwachsrate von 67% gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres zu verzeichnen, während die Exporte mit 5,2 Mrd. US\$ nur um 35% stiegen (FCJ, 14.12.87). Betrachtet man das Gesamtergebnis Januar-November, so sind die Importe beim Jahresvergleich mit einer Zuwachsrate von 42,5% ebenfalls schneller gestiegen als die Exporte mit einem Plus von 35,7%. Allerdings ist der Exportwert mit einem Volumen von 48.986 Mio. US\$ im genannten Zeitraum längst noch nicht vom Importwert in Höhe von 31.186 Mio. US\$ eingeholt. Bis zum 19. Dezember wies die Handelsbilanz einen Exportüberschuß von 18.721 Mio. US\$ auf, 23,79% oder 3.599 Mio. US\$ höher als vor einem Jahr (LHB, 25.12.87).

Die USA sind der größte Absatzmarkt Taiwans, aber der Anteil der USA am Gesamtwert der Exporte Taiwans ist mit 21.786,3 Mio. US\$ in den ersten elf Monaten 1987 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 48,3% auf 44,5% gesunken. Dagegen stieg der Anteil Westeuropas als dem zweitgrößten Absatzmarkt Taiwans mit 7.090,8 Mio. US\$ von 11,1% auf 14,5% und der Japans mit 6.302,6 Mio. US\$ von 11,4% auf 12,9%. Am Gesamtwert der Importe Taiwans im gleichen Zeitraum betrug der Anteil Japans 34,4% oder 10.741 Mio. US\$, der der USA 21,7% oder 6.752,8 Mio. US\$ und der von Westeuropa 15,1% oder 4.723,4 Mio. US\$ (LHB, 11.12.87). -ni-

*(67) 7,5% Wirtschaftswachstum für 1988 geplant

Gemäß dem vom Exekutiv Yuan (Kabinett) am 17. Dezember beschlossenen Wirtschaftsplan für 1988 soll das Bruttosozialprodukt (BSP) gegenüber 1987 real um 7,5% auf 3.400 Mrd. NT\$ wachsen, davon

für Landwirtschaft um 1,5%, Industrie um 7% und Dienstleistungen um 8,4% (für 1987 wurde eine reale BSP-Wachstumsrate von 11,8% erwartet). Das Pro-Kopf-BSP wird sich von 158.309 NT\$ (1987) auf 173.126 NT\$ erhöhen. Dies entspricht (unter der Voraussetzung einer Parität von 28 NT\$ = 1 US\$) 6.183 US\$.

Die Erwartung eines rapiden Rückgangs der BSP-Zuwachsrate 1988 gründet sich auf die Annahme einer schwachen Weltwirtschaftsentwicklung im neuen Jahr und einer weiteren Aufwertung der einheimischen Währung. Dies wird Taiwans Exporte, von denen die Gesamtwirtschaft der Insel stark abhängig ist - der Anteil des Exportwerts am BSP 1987 wird auf 58% geschätzt -, erheblich dämpfen. Der Export von Handelswaren und Dienstleistungen zusammen dürfte 1988 um 6,5% und die Importe beider Kategorien um 18,2% steigen, der Bilanzüberschuß der internationalen Leistungen wird daher von 18,84 Mrd. US\$ auf 17,65 Mrd. US\$ fallen. Dabei wird sich der Außenhandelsüberschuß von 19,55 Mrd. US\$ auf 18,56 Mrd. US\$ verringern.

Im Hinblick auf die ungünstige Lage rechnet die Regierung auch mit einem Rückgang der Zuwachsrate privater Investitionen 1988 von 26% auf 22%. Dagegen wird eine deutliche Steigerung der Zuwachsrate von Regierungsinvestitionen gegenüber 1987 von 11% auf 26% erwartet. Mit 812,8 Mrd. NT\$ soll das Budget für öffentliche Projekte 1988 um 19,27% höher als 1987 liegen. Damit hofft die Regierung, die Depression zu mindern.

Ferner sieht die Regierung im Wirtschaftsplan für 1988 eine Steigerung der Großhandelspreise von nicht mehr als 2% vor, eine Zunahme der Arbeitskräfte und Beschäftigten um jeweils 2,2%. Die Arbeitslosenquote wird 1988 wie 1987 voraussichtlich unverändert bei 2% bleiben (ZYRB, LHB u. CP, 18.12.87; FCJ, 21.12.87). -ni-

*(68) Erstes in den Niederlanden bestelltes U-Boot geliefert

Das eine der von Taiwan 1980 in den Niederlanden bestellten U-Boote "Hailong" (Seedrache) ist am 16. Dezember in den südtaiwanesischen Hafen Gaoxiong (Kaohsiung) angelangt. Es gehört zu der